

von der Hauptbahn nach der Ostküste führenden Stichbahnen — mehr als zwanzig — verschiedene Spurweiten haben.

Von den zahlreichen Eisenbahnprojekten, die während des Krieges aufgetaucht sind, heben wir besonders hervor: Bahnlinie von Punta Arenas nach Ultima Esperanza; neue Linie Santiago-Walparaiso über Maipú, Curacari, Zapala und Las Piedras, Länge 148 km; Kostenanschlag mit kleinen Nebenstrecken 25 Mill. Pesos Gold; teilweise elektrischer Betrieb vorgesehen; Linie von Paine nach Talagante; Linie Lingue-Vichilemu.

Was den Verkehr auf den einzelnen Bahnlinien betrifft, so stiegen die Einnahmen der Staatsbahnen 1915 um 22% gegen 1914, die Ausgaben blieben um 14% hinter denen von 1914 zurück. — Für die „Antofagasta and Bolivia Railway“ war infolge der glänzenden Entwicklung der Salpeterindustrie das Jahr 1916 recht befriedigend. Die Bruttoeinnahmen der Gesellschaft stiegen von 1 322 000 £ 1915 auf 1 845 000 £ 1916,

und wenn auch die Betriebskosten von 53,49% auf 57,30% anwuchsen, so ist doch der Nettogewinn von 847 800 £ noch um 200 000 £ höher als im Vorjahr.

Die „Arica-La Paz Railway“ hat infolge ihres ungenügenden Wagenparkes und des Kohlenmangels 1915 und 1916 die an sie gestellten Anforderungen in keiner Weise genügen können. Die Einnahmen der „Nitrate Railways Co.“ betrugen 1916: 694 458 £ gegen 394 787 und 559 569 £ in 1915 und 1914. Die „Ferrocarril Longitudinal Norte“ ist infolge des Mangels an rollendem Material und an Unzulänglichkeit desselben auf einzelnen Strecken nicht im Stande gewesen, die Fracht- und Personenförderung zu bewältigen, die sich durch die infolge des Krieges herbeigeführte unregelmäßige Küstenschiffahrt gesteigert hat.

(Schluß folgt.)

Dr. O. Quelle

Der Kampf gegen das Deutschtum in China

Durch die für den 14. August erfolgte Kriegserklärung Chinas hat die Entente die Möglichkeit erlangt, mit Hilfe der gefügigen chinesischen Regierung das Deutschtum in China nach allen Methoden der englischen Wirtschaftskriegsführung auszurauben und auszurauchern. Bisher waren diesem Ziele nicht nur der Fortbestand der chinesisch-deutschen und internationalen Verträge, sondern auch die unberührte Stellung Österreichs im Wege. Diese Hindernisse sind jetzt beseitigt und als letzte Zuflucht bleibt den Deutschen die internationale Konzession in Schanghai und der Schutz der niederländischen Diplomatie. Da Holland selbst sich nicht vor der Vergewaltigung durch die Entente zu schützen vermag und die Entente Übung darin hat, internationale Verträge auszulegen oder unter verläumderischen Vorwänden zu brechen, ist auch die letzte Zuflucht arg bedroht.

*

Die Behandlung der Deutschen.

Der bereits von der Tagespresse gefürzt wiedergegebene Erlaß von Mitte August über die Behandlung der Deutschen lautet nach „Japan Advertiser“ v. 22. 8:

1. Alle feindlichen Staatsangehörigen in China können binnen fünf Tagen von ihren Ortsbehörden Pässe zum Verlassen des Landes erhalten.
2. Die Ortsbehörden sind angewiesen, binnen zehn Tagen die ortsanwesenden feindlichen Staatsangehörigen zu registrieren, soweit dies nicht schon vor der Kriegserklärung geschehen ist.
3. Alle so Registrierten können von ihren Ortsbehörden Erlaubnis erhalten am Plage wohnen zu bleiben und können angemessenen Schutz für Leben und Eigentum beanspruchen. Falls es aber den Ortsbehörden unzulänglich erscheint, ihnen am jetzigen Wohnort zur Zeit oder bei eintretenden schwierigen Verhältnissen Schutz zu gewähren, müssen sie auf Anordnung der Ortsbehörden nach einem andern Ort übersiedeln oder sich an die Regierung wegen eines Passes zum Verlassen des Landes wenden.
4. Wenn ein feindlicher Staatsangehöriger des Landes verwiesen wird, kann er sein immobilies Vermögen den Ortsbehörden oder einer anderen Person, die aber von den Ortsbehörden genehmigt werden muß, zur Fürsorge übergeben.
5. Alle im Lande Verbleibenden sollen weiter alle Arten gewerblicher und friedlicher Beschäftigung treiben dürfen, doch müssen sie hierzu die Genehmigung der Ortsbehörden einholen.
6. Allen feindlichen Staatsangehörigen ist das Reisen untersagt.
7. Allen feindlichen Staatsangehörigen ist der Eintritt in China nur mit Spezialerlaubnis der Regierung gestattet.
8. Alle Bücher und Zeitungen, die von feindlichen Staatsangehörigen herausgegeben oder geschrieben werden, einerlei in welcher Sprache, können von den Ortsbehörden verboten werden.

9. Diese Vorschriften unterliegen einer von Zeit zu Zeit vorzunehmenden Revision.

Die Hauptänderungen, die diese neuen Vorschriften an dem bisherigen Zustand vornehmen, sind erstens die völlige Beseitigung der Bewegungsfreiheit, zweitens die Beseitigung der unbehaglichen Presse und drittens der Grundsatze einer periodischen Revision, die natürlich zu immer neuen Beschränkungen führen wird.

Der Umfang der neuen Internierungen läßt sich nicht sicher feststellen. Zunächst wurde die sofortige Internierung der österreichisch-ungarischen Soldaten und Matrosen, die früher zum Schutz der Konzessionen dienten, gemeldet. Nach „L. & Ch. Tel.“ v. 17. 9. sollen 160 österreichische Seeleute am 14. September interniert sein (also wahrscheinlich die Besatzung der österreichischen Schiffe).

Dasselbe Blatt meldet die Internierung der deutschen Gesandtschaftswache, die seinerzeit in der niederländischen Gesandtschaft Aufnahme gefunden hatte. Während der Kämpfe gegen Schanghsun wurde am 12. Juli die Wiederbewaffnung zugelassen. Gegen die nachfolgende Internierung hat, wie „L. & Ch. Tel.“ bemerkt, eine der wichtigsten Gesandtschaften scharf protestiert; der Fall wird als einzig dastehend in der diplomatischen Geschichte bezeichnet und man fürchtet, daß er viel Unzufriedenheit erregt.

Ferner ist die Verhaftung des Direktors der Deutsch-Asiatischen Bank, H. Cordes, unter dem Vorwand der Beseitigung von Geschäftsbüchern und Bankfonds gemeldet („L. & Ch. Tel.“ v. 7. 9.).

Außerdem soll eine Anzahl Deutscher von den Befehlshaber Behörden wegen angeblicher Rechtsverletzungen auf eine schwarze Liste gesetzt sein.

Selbstverständlich drängen die Ententemächte zu weiteren Internierungen. Wie weit die Wünsche der Entente gehen, verrät „Echo de Chine“ v. 5. 8., daß die Internierung aller deutschen Männer, Frauen und Kinder, und zwar auch herer in der internationalen Niederlassung in Schanghai fordert. Aberhaupt feiert in „Echo de Chine“ die französische Kultur Triumphe.

Inzwischen hofft man, daß viele Deutsche, namentlich die entlassenen Beamten, aus wirtschaftlicher Not genötigt sein werden, sich freiwillig internieren zu lassen. Die Entlassung der deutschen Beamten ist am 17. 8. erfolgt. Man schätzt sie insgesamt auf etwa 200 (darunter 125 im Zolldienst).

Vorgehen gegen deutsche Unternehmungen

Von größter Bedeutung ist die Schließung der Deutsch-Asiatischen Bank. Hiermit soll den deutschen

Interessen das finanzielle Rückgrat gebrochen werden. Aber die Durchführung der Liquidation verlautet, daß sie von der Bank von China unter fremder Beratung vorgenommen werden solle. Nach „Information“ v. 22. 8. soll Direktor Bernotte von der Banque Industrielle de Chine zum Sequester bestellt sein. Selbstverständlich ist die weitere Zirkulation der Noten der Deutsch-Asiatischen Bank untersagt.

Die Geschäftstätigkeit der deutschen Firmen ist zwar grundsätzlich bisher nicht behindert, praktisch indessen (außer durch den Abschluß vom Ausland) durch die Aufhebung der Freizügigkeit, die Liquidation der Deutsch-Asiatischen Bank und die Gefahr weiterer einschneidender Maßnahmen stark gehemmt.

Es wird wohl auch nicht mehr lange dauern, bis auch in China das übliche Verbot des Handels mit dem Feinde eingeführt wird, zumal ausdrücklich Japan als Vorbild für die Behandlung der Deutschen bezeichnet worden ist. „Times“ vom 17. 8. fordern restlose Liquidation aller deutschen Unternehmungen in China.

Demgegenüber scheinen die deutschen Firmen zu versuchen, rechtzeitig sich hinter chinesischen (oder auch ausländischen usw.) Firmen zu verschansen. Die Regierung soll aber bereits im August die Umwandlung in chinesisch-deutsche Gesellschaften verboten haben (China-Archiv v. 24. 10).

An kleinen Nachrichten enthält „Echo de Chine“ v. 26. 5. die Mitteilung, daß die Kriegsmaterialbestände deutscher Firmen in Hankau (darunter Arnhold Karberg & Co., Carlowik & Co., Melchers & Co. und Siemssen & Co.) im Gesamtwert von 270000 \$ vom Arsenal von Hanyang angekauft seien, ferner verlautet nach „North Ch. S.“ vom 14. 7., daß die Südmandschurische Bahn das Grundeigentum von Siemssen & Co. in Dairen für den Bau eines Hotels angekauft hätte.

Der Schiffsraub

Die Beschlagnahme der deutschen und österreichischen Schiffe war bereits nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgt. Nunmehr verlangten die Ententemächte den Verkauf oder die Vercharterung der Schiffe an sie, was aber die chinesische Regierung nach „Times“ v. 6. 9. ablehnte, da die Schiffe bereits an ein chinesisches Syndikat vergeben seien. Hierzu teilt das „China Archiv“ v. 24. 10. noch mit, daß der Fremdenkommissar in Schanghai, Sah, die amtliche Bestätigung erhielt, daß die 12 in chinesischen Gewässern beschlagnahmten Schiffe an eine Gesellschaft verchartert wären, an deren Spitze der frühere Minister Schang Schien stehe. „Pef. Gaz.“ v. 7. 9. fügt hinzu, daß die Vercharterung der Schiffe an die Ta-Sa Company sich zu einem Skandal auszuwachsen scheine. Beamte des Verkehrsministeriums hätten der Gesellschaft die Schiffe in einem geheimen Abkommen zu außerordentlich geringem Preise übertragen, damit diese sie an eine japanische Gesellschaft (Mitsubishi) gewinnreich weiterverchartere.

Der wirkliche Schieber ist natürlich Japan. Nach „Jap. Adv.“ v. 14. 8. verhandelte der japanische Minister des Innern durch Mittelspersonen über den Verkauf der 14 in China internierten deutschen und österreichischen Schiffe von insgesamt 32000 Tonnen für 9 Mill. Yen. Das japanische Blatt bemerkt dazu, daß dieser Preis für jetzige Zeiten außerordentlich niedrig sei, wenn auch die Schiffe erst gründlich überholt und repariert werden müßten, denn der jetzige Durchschnittspreis sei 800 Yen die Tonne (also Gesamtwert der Schiffe ca. 25 Mill. Yen). Dieses schöne Geschäftchen wollte der Minister zunächst allein durch die Firma Suzuki & Co. abschließen, aber der Neid anderer Schiffsfahrtsinteressenten ward rege und erforderte Beteiligung. Nach Aberwindung der inneren Schwierigkeiten meldeten sich äußere. „Ein gewisser Botschafter“ in Tokio (Vereinigten Staaten) bereitete scharfen Widerstand und wies den Gesandten in China an, den Verkauf mit allen Mitteln und Möglichkeiten zu verhindern, offenbar um für die Vereinigten Staaten und speziell

für die China Mail und die Pacific Mail Co. einige der ihren früheren Ankaufsversuchen unerreichbaren Schiffe zu sichern.

Es scheint, daß trotz dieser Schwierigkeiten Japans Bemühungen erfolgreich gewesen sind, und daß auf dem Umwege über die vorgeschobene Ta-Sa Co. eine alle Kontrahenten zufriedenstellende Vercharterung an Japan stattgefunden hat.

Die Frankfurter Zeitung v. 26. 8. meint, daß die Bedeutung der Beschlagnahme der Schiffe dadurch vermindert sei, daß der „Hauptbestand in rechtlich einwandfreier Weise zu guter Zeit in den Privatbesitz chinesischer Geschäftsfreunde übergegangen“ sei, so daß nur mehr 18000 Tonnen der Beschlagnahme verfallen seien.

Indessen ist seinerzeit, wie Peking Gazette meldete, von der chinesischen Regierung prompt eine Untersuchung über die von den chinesischen Firmen angemeldeten Besitztitel auf die deutschen Schiffe in Schanghai angeordnet. Die Verkaufsbaten, die alle auf nur 2 oder 3 Tage vor dem Termin des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen lauten, sind in Zweifel gezogen. Der Minister des Innern hat insolgedessen die Feststellung der näheren Umstände angeordnet, insbesondere, ob die Verkäufe der Schiffe bona fide erfolgt und durch die Zollbehörden registriert sind, ob unbeteiligte Zeugen für die Verkäufe nachweisbar und ob die Preise wirklich bezahlt sind bzw. durch welche Bank oder Firma usw. — Es ist wohl kaum zu bezweifeln, welchen Ausgang diese Untersuchung genommen hat, so daß auf einen Schutz der Schiffe durch den „zu guter Zeit“ erfolgten Verkauf nicht zu hoffen ist.

Auch wird man kaum erwarten können, daß die jetzige chinesische Regierung sich noch an die im Mai gefaßten Beschlüsse der diplomatischen Kommission halten wird, die lauteten („Echo de Chine“ v. 5. 5.):

1. Die Schiffe werden gemäß Art. II. der 6. Konvention der Haager Konferenz von 1907 festgehalten und nach dem Kriege ohne Entschädigung zurückgegeben.
2. Die Waren und Maschinen auf den Schiffen werden gegen Zahlung von Entschädigungen in Benutzung genommen.
3. Als Kriegsschiffe verwendbare Schiffe werden nach besonderen Bestimmungen behandelt.

Die deutsche Schuld

erleichterte sich China bereits mit dem Abbruch der Beziehungen durch Einstellung der Zinszahlungen, bzw. der Vorerentschädigungsraten. Das „China Archiv“ teilt nach China Press v. 18. 8. mit, daß über die fälligen Rückzahlungsraten vom Kabinett beschlossen wurde, die Summe in Gold bei der Bank von China zu deponieren, ferner soll die fällige Vorerentschädigung bei einer Londoner Bank hinterlegt werden.

Der Kampf gegen den geistigen Einfluß der Deutschen

Die Ermächtigung der Lokalbehörden, alle deutschen Druck-erzeugnisse — einerlei in welcher Sprache — zu verbieten, ermöglicht die Aufhebung der gesamten deutschen und deutschfreundlichen Presse.

Inzwischen werden wohl der „Ostasiatische Lloyd“, die erst im Kriege in Schanghai gegründet, „Deutsche Zeitung für China“ und die „Peking Post“ aufgehoben sein. Letztere Zeitung, deren nordamerikanischer Herausgeber Gilbert Reid, vielfach von der deutschen Gesandtschaft als Sprachrohr benutzt wurde, war bereits lt. Peking Gazette v. 23. 4. im April unter Vorzensur gestellt, zusammen mit dem Nachrichtendienst des Ostasiatischen Lloyd. Wegen eines Anti-Wilson-Artikels ließ dann der amerikanische Konsul in Tientsin Reid verhaften, mußte ihn aber wieder freilassen. Jetzt endlich dürfte man das unbequeme Organ mundtot gemacht haben. Die noch peinlichere „Peking Gazette“ ist inzwischen, wie verlautet, an den Amerikaner Millard, den Inhaber der in Schanghai etwa im Mai gegründeten, für amerikanische Propaganda bestimmten „Millard's Review“ verkauft worden (also nicht in englische Hand, wie ursprünglich

gemeldet wurde. Nachdem Amerika sich mit Japans China-vorherrschaft abgefunden hat, braucht die Regierung dieses Organ nicht mehr zu fürchten. Im übrigen wird es der Regierung leicht fallen, unter dem Vorwand deutscher Beteiligung irgend welcher Art jedes heimische, unbequeme Organ mundtot zu machen. So gräbt auch in China die Entente politik der Pressefreiheit das Grab. Man darf gespannt sein, ob die jetzige Regierung den im Frühjahr ausgearbeiteten Pressegesetzentwurf wieder aufnehmen und wie sie ihn für ihren Bedarf zurecht wird.

Die seit April eingerichtete Zensur deutscher Telegramme ist jetzt durch generelles Telegrammverbot für die Deutschen entbehrlieh gemacht worden.

* * *

Die Teilung der Beute

Daß China selbst keine großen Ansprüche stellen dürfe, wird in der japanischen Presse deutlich betont („Jap. Adv.“ v. 17. 8.). Man weist darauf hin, daß die Aibernahme deutscher Konzessionen durch die chinesische Regierung einen den Fremdmächten unerwünschten Präzedenzfall schaffen würde; daher müsse die chinesische Regierung dem Rate der Fremdmächte folgen.

Die Aufteilung unter diese Mächte ist allerdings auch nicht leicht. Nach „Jap. Adv.“ v. 22. 8. schreibt Kokumin Schimbun, daß „alle Mächte miteinander wetteiferten, möglichst viel von den deutschen Rechten zu erhalten. England bestche auf grund der mit Japan zur Zeit der Tsingtau-Belagerung getroffenen Vereinbarungen auf dem Vorzugsrecht, Anleihen für den Nordteil der Tientsin-Pukau-Bahn abzuschließen, was als eine der wichtigsten Konzessionen angesehen wird. Kokumin will erfahren haben, daß England mit dieser Forderung Erfolg haben wird und weist darauf hin, daß hierdurch England in den Stand gesetzt würde, sein gigantisches

Eisenbahnschema, ausgehend von Burma durch China bis Tientsin, zu vollenden.

Ferner werde zwischen den Ententemächten über die Verteilung der deutschen und österreichischen Schiffe in China verhandelt, sowie über die Verteilung der früher von Deutschen und Österreichern eingenommenen Stellen bei der chinesischen Regierung (im Zolldienst usw.).“

Es ist beachtenswert, daß „Yorodzu“ sich scharf gegen die englischen Ansprüche auf den Nordteil der Tientsin-Pukau-Bahn wendet, da sie Japans Stellung in Schantung gefährdeten. Zumindest verlangt das Blatt entsprechende Kompensationen.

Japan glaubt jetzt den Moment gekommen, um allein mit China, ohne Rücksicht auf eine künftige Friedenskonferenz, die Schantung-Frage zu regeln. Die japanische Presse fordert die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der chinesischen Regierung hierüber, deren Ergebnis selbstverständlich von den Japanern jetzt, nachdem mit Amerikas Anerkennung der japanischen Vorherrschaft China die letzte Stütze verlor, in der Hauptsache einfach diktiert werden kann.

Auch über die Konzession zum Bau einer Bahn zwischen Wei Hien (Schantung) und Tschifu ist, wie „Jiji“ bemerkt, China nur Japan verantwortlich.

Bei den deutschen Schiffen hat Japan, wie wir oben sahen, ebenfalls vorzüglich zu seinem Vorteil operiert.

Soweit sich daher bis jetzt die Entwicklung des Teilungsgeschäfts übersehen läßt, erhält Japan den Löwenanteil, wie das ja auch seiner „Sonderstellung“ und der zeitlichen Ohnmacht seiner Verbündeten entspricht. Der Gegensatz Japan-Deutschland wird so verschärft und mit allen erdenklichen Garantien der Dauerhaftigkeit versehen, die England in seinem Interesse für wünschenswert hält.

Dr. P. Heile

Chronik der Kriegsfinanzen

„Wir sind wieder in eine Phase wilder Schwankungen des Kriegsglücks eingetreten“, schrieb die Times, als die ersten entscheidenden Siege gegen Italien erfochten waren. Für solche Stimmungen und Entwicklungen sind heute die Wertpapierbörsen nicht mehr die geeigneten Barometer; eher schon die Devisenmärkte, die denn auch in der Berichtswoche unerhörte Schwankungen aufwiesen. Es wurde in Stockholm umgeseht:

| | 31. Okt. | 6. Nov. | 9. Nov. | 10. Nov. |
|--------------|----------|---------|---------|----------|
| Berlin | 34.75 | 33.— | 36.— | 46.— |
| London | 11.55 | 11.20 | 11.75 | 13.— |
| Paris | 49.55 | 38.75 | 40.50 | 45.50 |
| Wien | 21.50 | 21.— | 22.50 | 27.— |

Die Kurse der Mittelmächte sind also an einem einzigen Tage um 25 % gestiegen - wahrscheinlich auf das Gerücht von dem Bedorsten eines Waffenstillstandes an der östlichen Front. Es wiederholt sich hier, was sich schon im vorigen Dezember anlässlich der Friedensaktionen der Mittelmächte und Nordamerikas ereignet hatte in größerem Maßstab. Die Ursachen sind klar: Man sieht in den neutralen Ländern eine scharfe Aufwärtsbewegung der Mark bei der ersten Annäherung an den Friedenszustand voraus und geht spekulative Engagements ein, um von dieser Bewegung zu profitieren. Auch die feindlichen Valuten zeigen erhebliche Besserungen. Daß diese sich in bescheidenen Grenzen halten, ist nicht etwa auf geringere Sympathien, sondern auf den Umstand zurückzuführen, daß der Markkurs bisher besonders stark unter „imponderablen“ Einflüssen gelitten hatte. Im übrigen ist zu beachten, daß es sich um schmale Märkte handelt und daß die internationale Arbitrage fast vollständig ausgeschaltet ist. Die Bewegung ist bald rückläufig geworden. Aber

noch am 12. hielt sich die Mark auf 43, das Pfund Sterling auf 12.50. In Kopenhagen hob sich der Kurs der Mark vom 9. zum 10. November von 44 auf 48, der österreichischen Krone von 23 auf 30, des Pfund Sterling von 14.10 auf 14.50, des Dollar von 305 auf 315. Am 12. war diese Kursbewegung fast ganz rückgängig geworden. In Zürich dagegen, wo der Markkurs noch am 8. auf 61.50 gestanden hatte, konnte er sich am 12. noch fast auf der Höhe halten, die er am Tage vorher erklommen hatte (10.: 64, 11.: 63.50). London bewegte sich dort von 21.10 über 21.40 auf 21.30. Italien beharrte selbstamerweise auf 55. In Amsterdam war am 12. die Mark noch höher als am Vortage: 33.075 gegen 32.775, während die feindlichen Devisen leicht abgeschwächt waren. Man wird sich davor hüten müssen, aus diesen Vorgängen einen anderen Schluß zu ziehen, als daß der Devisenmarkt heute der desorganisierteste aller Märkte ist, daß aber die Mark in keinem Fall, wie es die feindliche Presse glauben machen möchte, eigentlich nur noch Chancen der Entwertung hätte. Der Tiefstand der Mark beruht vielmehr darauf, daß die ungünstigen Momente der gegenwärtigen deutschen Zahlungsbilanz durch psychologische Momente, von denen später zu reden sein wird, maßlos übersteigert worden sind.

Bei der Reichsbank verminderte sich der Wechselbestand nach dem Ausweis vom 7. November um 222 Mill. auf 11 515 Mill., das Lombardkonto um 5 Mill. auf 8 Mill., der Effektenbestand um 6 Mill. auf 110 Mill. Der Posten Sonstige Aktiva nahm dagegen 49 Mill. zu; er beträgt nunmehr 1697 Mill. Die Verringerung der Anlagen führte zu einer Verringerung der Depositen um 157 Mill. auf 5529 Mill. Der Notenumlauf stieg um 3 Mill. auf 10 404 Mill. Der Metallbestand erhöhte